

## Hintergrundtext

### Die Situation im November 1918 – Folgerungen der MSPD

Für die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) schien die Situation bei Ausbruch der Revolution Anfang November 1918 vollständig klar zu sein. Die Verfassungsänderungen vom Oktober 1918 genühten ihr weitgehend. Sie war mit diesen Veränderungen gewissermaßen am Ziel ihrer langjährigen Bemühungen angekommen. Ihr war fortan die Regierungsfähigkeit „offiziell“ zugesprochen worden, die parlamentarische Demokratie sollte tatsächlich installiert werden und die volle Gleichberechtigung der Arbeiterbewegung und ihrer Anhänger war endlich gewährleistet. Aus dem autoritären Kaiserreich sollte nun eine parlamentarische Demokratie werden. Das reichte den meisten Genossen (und vor allem Führern) im Lager der MSPD. (Viel) mehr wollte die reformorientierte Partei nicht erreichen.

Eine Revolution empfanden viele Mehrheitssozialdemokraten unter diesen Umständen geradezu als kontraproduktiv. Sie würde – so ihre Meinung – nur die bisherigen Erfolge vernichten, die notwendige ruhige und sachgemäße Abwicklung aller anstehenden, sehr schwierigen Probleme erschweren, Verwirrung stiften. Sie würde die Integration der zurückkehrenden Soldaten in die Gesellschaft, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, die Umstellung der Wirtschaft auf die Friedensproduktion oder die Herbeiführung eines für Deutschland erträglichen Friedens gefährden oder sogar unmöglich machen. Ruhe und Vertrauen in die sozialdemokratischen Führer schienen unter diesen Umständen die erste Pflicht zu sein, nicht aber Revolution und Unruhe.

Das Hauptziel der Partei war es – und hier befand sie sich in Übereinstimmung mit ihrer bisherigen Politik –, die Entscheidung über eine zukünftige Gestaltung von Staat und Gesellschaft – unter der sie sich nur eine parlamentarische Demokratie vorstellen konnte – einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorzubehalten. „Ob dadurch ein historischer Moment zu einer Durchsetzung viel weitergehender Jahrzehnte alter sozialdemokratischer Programmforderungen versäumt wurde, zählte in den Augen der SPD Führer dagegen wenig“ (Eberhard Kolb).

Eine strukturelle Absicherung der Errungenschaften des Umsturzes mithilfe einer erst noch stärker zu politisierenden Bevölkerung, durch zusätzliche Institutionen, in denen die Arbeiter und Soldaten bestimmen sollten, hielt die MSPD, offenbar geblendet von den Erfolgen des Augenblicks und in Anspruch genommen von der Last der innen- und außenpolitisch zu bewältigenden Probleme offenbar für überflüssig, wenn nicht gar für schädlich.

Der Wechsel an der Staatsspitze reichte der Partei anscheinend aus. Sie erachtete es nicht für nötig, bereits in dieser Phase den alten Machtapparat vollständig zu zerschlagen, den militärischen Komplex grundlegend umzugestalten und das Wirtschaftssystem – das die sozialen Forderungen der Partei ja einmal tragen und auch finanzieren musste – entscheidend zu verändern. Nicht einmal eine sofortige Enteignung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie wurden avisiert. Wenn eine politische Gruppierung in Deutschland „unrevolutionär“ und ohne das notwendige Gespür für die entscheidenden Machtfragen war, dann war es mithin die deutsche Sozialdemokratie. Sie eine revolutionäre oder eine Revolution machende Partei zu nennen, wäre daher höchst unzutreffend.

Das Dilemma bestand nun aber darin, dass unter den gegebenen Umständen eine solche Haltung und die dadurch erreichten Ergebnisse nicht mehr als optimal bezeichnet werden konnten. Mochte der Erfolg, den die Aufnahme der Sozialdemokratie in die Reichsregierung und ihre generelle Anerkennung bedeuteten, in Friedenszeiten und in einem anderen politischen Kontext, der im Grunde

gewerkschaftlich pragmatisch orientierten sozialdemokratischen Politik gerecht geworden sein – und auch erhebliche Zukunftschancen besessen haben: Zu diesem Zeitpunkt entsprach sie nicht mehr der bestehenden „revolutionären“ Situation und den realen politischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung.

Hinzu kam: Die deutsche Arbeiterschaft war nicht mehr die der Vorkriegszeit, die Klassenspannungen hatten sich in Vielem erheblich erhöht. Und: Die SPD war nicht mehr die alleinige Vertretung der Arbeiterinteressen, vielmehr machten ihr die USPD und der Spartakusbund erhebliche Konkurrenz. Beide waren gewillt, den Reformkurs der MSPD zu bekämpfen, zu Aktionen aufzurufen und die Revolution voranzutreiben. Die MSPD war auf einmal nicht mehr die treibende, sondern eher die getriebene Kraft, die zu bremsen suchte, wo immer es möglich war. Das hat sie viele Sympathien gekostet.

Die Furcht vor dem Spartakusbund und der Radikalität der Straße, ein Phänomen, das den in Partei und Gewerkschaften groß gewordenen, disziplinierten Funktionären von vornherein ein Gräuel war, nicht etwa die Furcht vor der Reaktion, diktierte daher den Mehrheitssozialdemokraten ihre Handlungsstrategien. Die Führer der Partei drängten immer mehr nach rechts, zu den kaiserlichen Eliten, ein – aus heutiger Perspektive – fataler Fehler.